

# Senftenberger Anzeiger

Nachrichtenblatt und Anzeiger für den Niederlausitzer Industriebezirk, insbesondere für den Amtsgerichtsbezirk Senftenberg

Fernsprech-Anschlüsse: Senftenberg 493 und 510, Ruhland 207, Dittand 48, Lautanerk 221



Nationalsozialistische Tageszeitung im Kreise Calau  
Publikations-Organ für die Reichs-, Staats- und Kommunal-Behörden

Geschäftsstelle: Senftenberg N.-L., Am Markt Nr. 11  
Druckerei: Laugstraße Nr. 19

Für das Verbreitungsgebiet amtliches Organ der Landesgruppe Ostmark im „Bund deutscher Osten, G. V.“ — Schriftführer: Oberpräsident W. Rube

Verlag und Rotationsdruck von Gebrüder Grubnits Buchdruckerei in Senftenberg, Ruhland und Dittand — Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger  
Redaktion: Senftenberg, Laugstraße 19 — Berliner Redaktion: Berlin SW 61, Blücherstraße 12 — Fernruf: Bae 5011

219. Nr. 1933

Dienstag, den 19. September 1933

58. Jahrgang

erschien einst wöchentlich (außer Sonn- und feiertags), Bezugspreis: In den Geschäfts- und bei Abbestellern wöchentlich 50 Pf., einzelne Nummern je nach Umfang 20 und 15 Pf., Monats- tarife 1,50 M. Durch den Zeitungsboten frei und durch Geleitpost monatlich 20 Pf., mehr durch die Post freibestellbar.

Anzeigenpreise: Die empfangene Zeilenzahl (Reihe oder deren Raum) x W. der letzten Anzeigen 6 Pf., für amtliche Anzeigen 20 Pf., im Restamt 10 Pf., Stellenangebote 4 Pf., Anzeigen mit Aufbauseitteilung oder Anzeigebild- entnahme 20 Pf. mehr. Kleine Anzeigen werden vorher zu ermitteln.

Bei Wiederholungen von Anzeigen nach Rabatt gemäß. Bei größeren und öfteren Aufträgen Umlagebetrag nach feststehendem Tarif. Der Rabatt ist nur bei Vorzahlung innerhalb 10 Tagen gültig, bei späterer Zahlung und bei Kontofuran erhöht. Bei Abbestellung für unbestimmte Zeit sind die Anzeigen an bestimmten Tagen und Wochen nach keine Gewähr übernommen. Anzeigenentnahme bis 9 Uhr dienstags, für größere Anzeigen am Tage vorher. Am Freitag einleitende Anzeigen werden, wenn ein Rücktritt erfolgt ist, nicht zurückgezahlt. Am Tage von höherer Gewalt, Streik, Ausfall, Betriebsstörung bei der Verlagerei keinen Anspruch auf Vorfahrung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

## Die Abrüstungsfrage im Vordergrund.

### Frankreichs Sonderbesprechungen mit England.

In Paris haben am Montag die englisch-französischen Sonderbesprechungen über die Abrüstungsfrage begonnen. Die französische Presse vermerkt dabei mit Unwillen, daß zu diesen Vorbereitungen nicht der englische Ministerpräsident Macdonald herübergekommen sei, sondern nur seinen Unterstaatssekretär Eden geschickt habe, obwohl Frankreich diese Verhandlungen seit langem eingehend vorbereitet und der englischen Regierung u. a. auch

„eine Liste sämtlicher Verletzungen des Versailler Vertrages durch Deutschland“

zugeleitet habe; aber die englische Regierung, hat es nicht einmal für nötig befunden, darauf zu antworten.“

In übrigen gehen die Franzosen darauf aus, schon in Paris die Engländer auf die weitere gemeinsame Verfestigung der Abrüstungsverpflichtung zu legen. Sie hoffen dabei die Engländer so weit einwickeln zu können, daß man dann in Genf ein gemeinsames „festes Angebot“ an Deutschland machen kann. Wie wir hier schon mitteilen, gehen die französischen Pläne auf die erneute Verweigerung der praktischen Gleichberechtigung und eine mindestens vierjährige Abrüstungskontrolle vor allem für Deutschland aus. Daß auch dies nur wiederum ein neues Verschiebungsmoment ist, geht daraus hervor, daß sogar der englische Korrespondent der „Times“ in Paris seinem Blatt jetzt lobt:

„Frankreich aber ist nicht bereit, ein Versprechen für eine Herabsetzung der Abrüstungen zu geben, selbst wenn die Abrüstungskontrolle vier Jahre lang wirksam arbeitet. Es verlangt jetzt eine sofortige vorläufige Untersuchung des deutschen Abrüstungsstandes.“

Deutschland muß den neuen Abrüstungsbesprechungen selbstverständlich mit den allergrößten Erwartungen gegenübersehen. Es ist sowohl in der Abrüstungs- wie in der Gleichberechtigungsfrage der Gläubiger der auferstehenden Militärmächte. Darum wird auch Reichsaußenminister von Neurath den deutschen Standpunkt in der bevorstehenden Vollversammlung des Völkerbundes in Genf noch einmal mit aller Klarheit darlegen. Nach Pariser Meldungen will sich der französische Ministerpräsident Daladier selbst nach Genf begeben und dem Reichsaußenminister bei seinen Ausführungen entgegenzutreten. Frankreich wird vor aller Welt betonen müssen, ob es sich nun auf den Boden des Macdonaldschen Abrüstungsplanes stellen will oder nicht, der befehlend von Deutschland trotz mancher Bedenken als Verhandlungsgrundlage angenommen worden ist. Es wird nun an Frankreich sein, endlich einmal ein ähnlich weitgehendes Entgegenkommen zu zeigen.

### Französische Kontrollforderungen.

In Paris wurde von amtlicher Seite eine reichlich nichtsagende Verlautbarung über das erste Ergebnis der französisch-englischen Sonderbesprechungen zur Abrüstungsfrage herausgegeben. In ihr wird lediglich herangezogen, daß man den Meinungsaustausch „im Geiste des gegenseitigen Vertrauens“ und die Verhandlungen über die verschiedenen Fragen mit

dem Wunsche geführt habe, eine Annäherung der beiderseitigen Thesen herbeizuführen. In Kürze, wenn die englischen Vertreter ihrer Regierung über das Ergebnis berichtet hätten, werde eine neue Zusammenkunft stattfinden.

In politischen französischen Kreisen erklärt man dagegen etwas deutlicher als das Kommuniqué, daß Außenminister Paul-Boncour im Verlauf der Aussprache vor allem darauf hingewiesen habe, daß die französische Regierung „unter den gegenwärtigen Umständen“ nicht an eine sofortige Abrüstung denken könne. Der „Paris-Soir“ glaubt zu wissen, daß Paul-Boncour sich bereit erklärt habe, einem gestaffelten Abrüstungsprogramm zuzustimmen. Voraussetzung für dieses „Zugeständnis“ sei jedoch die Durchführung einer (natürlich nur gegen Deutschland gerichteten) automatischen und mit Sanktionen verbundenen Kontrolle, deren Wirksamkeit einige Jahre erprobt werden müsse! Engländerseits, so schreibt das „Journal“, habe man noch einmal auf die Notwendigkeit der Abschaffung der Angriffswaffen hingewiesen, aber es sei wahrscheinlich, daß Paul-Boncour die englischen Unterhändler darauf hingewiesen habe, daß ihre Forderungen nicht mit den Gebräuchen Englands vereinbar läge.

Insbesondere ist Amerikas Sonderdelegierter Norman Davis, von London kommend, in Paris eingetroffen, um an den weiteren englisch-französischen Besprechungen teilzunehmen. Vor seiner Abreise aus London erklärte er, daß der Meinungsaustausch zwischen den verschiedenen Regierungen bis zum Vorabend der

Konferenz, d. h. bis zum 15. Oktober, ausgedehnt werde, die man positive Ergebnisse erhoffen könne. Auch den dortigen Äußerungen in London wenig optimistisch und betonte, daß die Lage seit der letzten Sitzung der Abrüstungskonferenz viel gelibener geworden sei. Englands Ministerpräsident Macdonald soll Norman Davis zu verstehen gegeben haben, daß England seinen Wert darauf lege, die französischen „Vorschläge zur Unterbindung geheimer Missionen in Deutschland“ und zu einer strikteren Abrüstungskontrolle zu ermutigen. Der französische Ministerpräsident Daladier, der an den Sonderbesprechungen in Paris teilgenommen hatte, erklärte dagegen, daß er mit besonderer Befriedigung das Verhandlungsergebnis festgestellt habe, daß man englischerseits der französischen Auffassung entgegenbringe.

### London: Deutschlands Forderungen durchaus berechtigt.

Unter Einband der Neurath-Erklärung. Die Mitteilungen des deutschen Reichsaußenministers Freiherrn von Neurath an die ausländischen Pressevertreter in Berlin über die Ziele der deutschen Politik haben in amtlichen Kreisen Londons einen guten Eindruck gemacht. Man erkennt an, daß die Forderungen vertreten habe, zu denen Deutschland moralisch durchaus berechtigt sei. Wenn der Reichsaußenminister die Ausblicke der anderen, schwerbewaffneten Staaten, die ihre eigene Ab-

## Erntedanktag Auftakt für das große Winterhilfswerk.

Der erste Großkampftag für das von Reichskanzler Adolf Hitler und Reichspropagandaminister Dr. Goebbels proklamierte Winterhilfswerk des deutschen Volkes trifft zeitlich mit dem „Erntedanktag“ zusammen, weil der 1. Oktober auf einen Sonntag fällt und der erste Sonntag in jedem Monat unseren notleidenden Volksgenossen gewidmet sein soll. Selbstverständlich ist auch in dem Festprogramm des „Deutschen Erntedanktages“ der Kampf gegen Hunger und Kälte berücksichtigt worden, ist doch der deutsche Bauer einer der Hauptträger dieses Kampfes.

Im Rahmen der vorgesehenen Kundgebungen werden die Führer des deutschen Bauerntums dem Reichskanzler über den Kampf der deutschen Bauern gegen Hunger und Kälte Bericht erstatten. Bei dieser Gelegenheit wird der Kanzler auch die Meldungen über die von der Landwirtschaft bis zu diesem Tage aufgetragenen Lebensmittelmengen und sonstigen Spenden entgegennehmen.

Der Verkauf des Festabzeichens für den „Deutschen Erntedanktag“ (zwei Ähren mit Mohnblume) soll gleichzeitig dadurch dem Winterhilfswerk dienen, daß ein Teilbetrag des Verkaufserlöses dem Kampffonds gegen Hunger und Kälte (Postsparkonto Berlin Nr. 77 100 N.S.-Volkswirtschafts-Verwaltung, Konto Winterhilfswerk) oder dem gleichlautenden Konto bei der Reichsbank zugewandt wird. Das von Reichspropagandaminister Dr. Goebbels in seiner Ansprache anlässlich der Erntedanktagkundgebung

zum Kampf gegen Hunger und Kälte bereits erwähnte Eintopfgeld im Höchstbetrage von 50 Pfennig für jede Person soll an diesem Tage zum erstenmal auf allen Mittagsmessen in Stadt und Land erscheinen. Die gegenteiligen anderen Sonntagsmahlzeiten ersparten Beiträge sollen an den Kampftag gegen Hunger und Kälte (Postsparkonto Berlin 77100 Konto Winterhilfswerk) abgeführt werden.

### Kampfpasche für Oktober: Erntedankspende des deutschen Volkes.

Reichspropagandaminister Dr. Goebbels hat in seiner Rede vor dem Reichstagsklub Adolf Hitler, dem Reichsbeirat des Winterhilfswerkes und anderen geladenen Gästen angekündigt, daß jeder Kampfmontat unter einem bestimmten Motto stehen soll, ohne daß dadurch das Wort „Kampf gegen Hunger und Kälte“ in den Vordergrund tritt.

Für den Monat Oktober ist, anschließend an den „Deutschen Erntedanktag“ und seine eindrucksvollen Kundgebungen, als Motto des „Kampfes gegen Hunger und Kälte“ vorgesehen: Erntedankspende des deutschen Volkes!

Jeder, der sich bewußt ist, daß im Gottesreich Segen zu Dank verpflichtet ist, soll durch dieses Motto beauftragt werden, das Winterhilfswerk des deutschen Volkes mit allen Mitteln und Kräften zu unterstützen.

## Mordanschlag auf SA-Truppführer.

25 Kommunisten verhaftet.

In Waunsee wurde von bisher unbekanntem Täter ein SA-Truppführer ein Schuß auf einem Revolver abgegeben, der den Truppführer in den Oberschenkel traf. Der Verletzte, der sich in Begleitung von zwei SA-Männern befand, ließ nach dem Hiebenden Täter. Im Verlauf der sofort angelegten Ermittlungen wurden bisher insgesamt 25 Mitglieder und Funktionäre der KPD, und ihrer Nebenorganisationen in Schutzhaft genommen, die als Täter bzw. Mitwisser in Frage kommen. Die Verletzungen des SA-Truppführers sind glücklicherweise nicht lebensgefährlich. Der Verwundete wurde dem Krankenhaus zugeführt.

## Zur Einberufung des Generalrats der Wirtschaft.

Am 16. Juli hatte der Reichswirtschaftsminister folgendes bekanntgegeben:

„Um bei den Arbeiten der Reichsregierung die Erfahrungen der praktischen Wirtschaft zu verwerten, beauftragt der Reichskanzler einen Generalrat der Wirtschaft, dessen Mitglieder die Aufgabe haben, der Reichsregierung zur Beratung in allen wirtschaftlichen Fragen zur Verfügung zu stehen.“

Der Generalrat der Wirtschaft tritt jeweils auf besondere Einladung zusammen.

Die Mitglieder des Generalrates:  
Herbert Wade, Domänenpächter, Prof. Dr. Karl Borch, Geh. Landesbaurat Dipl.-Ing. Eugen Böhringer, Direktor

der Marimilianshöhe, Generaldirektor August Dieck, Deutsches Institut, Bankier August von Hind, Dr. Otto Ehrlich, Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Dr. Dr. Albert Hagedorn, Fabrikbesitzer, Regierender Bürgermeister Krogmann, Dr. G. Krupp von Bohlen und Halbach, Dr. Staatsrat Dr. Robert Leh, Führer der Deutschen Arbeitsfront, Dr. Karl Leric, Handelskammerpräsident, Vorsitzender der Arbeit, Dr. Staatsrat Friedrich Kleinbart, Bankdirektor, Dr. Hermann Reichle, Führer des Landhandels und der landwirtschaftlichen Genossenschaften, Kurt Freiherr von Schröder, Handelskammerpräsident, Karl Friedrich von Siemens, Dr. Staatsrat Dr. Fritz Thyssen, Generaldirektor Dr. Albert Wögel.